

# Antwort von Martina Renner, Die Linke

Sehr geehrter Herr Stahr,  
vielen Dank für Ihre Mail bzw. ihre Anfrage.

Der § 28a konkretisiert die bisher schon möglichen Einschränkungen der Grundrechte. Da wir den bisherigen zwei Corona-Gesetzen nicht zugestimmt haben, werden wir dem aktuellen Gesetz mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ebenfalls nicht zustimmen. Zur Information möchte ich Ihnen im Anhang den Antrag meiner Fraktion DIE LINKE übersenden, den wir jetzt ins parlamentarische Verfahren zum Dritten Bevölkerungsschutzgesetz gegeben haben und der unsere Position entsprechend wiedergibt. Im Wesentlichen geht es dabei um drei Dinge:

(<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/239/1923942.pdf>)

1. Die Diskussionen und Entscheidungen müssen wieder in die Parlamente zurück. Zwar ermöglicht das Infektionsschutzgesetz es, dass Bund und vor allem die Länder per Verordnungen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung qua Exekutive durchsetzen können. Aber in der Phase, in der wir uns derzeit befinden, muss die Zeit der Verordnungsermächtigungen vorüber sein und die Zeit der normalen legislativen Akte ist wieder gegeben.
2. Das ermöglicht dann auch eine echte Abwägung, welche Maßnahmen denn tatsächlich wirksam und sinnvoll sind. Mehrere der jetzt "erlassenen" Maßnahmen haben aus meiner (unserer) Sicht nur eine sehr geringe Evidenz. Dazu gehört die Schließung von Kultureinrichtungen, die während der Pandemie in aller Regel ohnehin schon weniger Besucher hatten als davor. Abstandsregeln, Belüftung und v.a. Kontaktnachverfolgung sind da sehr gut zu realisieren, so dass diese Maßnahme wenig zur Eindämmung beizutragen vermag.
3. Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des erneuten (Teil-)Lockdowns müssen vollständig aufgefangen werden.
4. Dennoch sind wir auch als DIE LINKE der Meinung, dass es unbedingt Maßnahmen zur Eindämmung von COVID19 braucht und dass wir die zweite Welle unbedingt brechen müssen. Dazu braucht es vor allem gesellschaftliche Solidarität und die Einhaltung der entsprechenden Hygieneregeln für unsere eigene Gesundheit und der unserer Mitmenschen. Zustände, wie wir sie aktuell in und um Neapel in Italien vorfinden (übertolle Intensivstationen) müssen dringend verhindert werden  
Mit freundlichen Grüßen  
Martina Renner, MdB